

// GEW-Tagung, 13. Februar 2019 „Höhere Qualität durch neue Strukturen?“ //

## Resolution

### **Die Lehrerfortbildung muss verbessert, das Qualitätskonzept des Kultusministeriums weiterentwickelt werden**

Beschäftigte in der Schul- und Kultusverwaltung, Lehreraus- und –fortbildung, Schulleitungen und Lehrkräfte fordern Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und die Landesregierung auf, ernsthafte Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung zu ergreifen. Dazu gehört, aus den Ergebnissen der Studie zur Lehrerfortbildung in Baden-Württemberg Konsequenzen zu ziehen, die Lehrerfortbildung in einem transparenten Prozess weiterzuentwickeln sowie das Personal und die Personalentwicklung als maßgeblichen qualitätssichernden Faktor einzubeziehen. Das Verändern von Strukturen reicht nicht aus.

Kultusministerin Eisenmann muss das Vertrauen der Beschäftigten wieder gewinnen, das durch die fehlende Transparenz des Umstrukturierungsprozesses und die ungenügende Kommunikation mit den Beschäftigten verlorengegangen ist. Alle Betroffenen müssen Wertschätzung und Fürsorge vom Dienstherrn erfahren.

Viele Betroffenen nehmen derzeit wahr, dass bestehende Strukturen zerschlagen werden, bevor neue aufgebaut sind und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. In einem ersten Schritt müssen alle freien Stellen an den Staatlichen Schulämtern und Lehrerausbildungsseminaren ausgeschrieben und besetzt werden.

Die GEW kritisiert nachdrücklich, dass das heute verabschiedete Gesetz keinerlei Perspektive für eine Stärkung der Lehrerfortbildung und der Fortbildner/innen beinhaltet. Die Landesregierung will weiterhin pro Beschäftigte/r wesentlich weniger Geld ausgeben als in der freien Wirtschaft üblich.

Wir fordern, dass für die Fachberater/innen des gehobenen Dienstes analog zum höheren Dienst angemessen bezahlte Funktionsstellen geschaffen werden müssen. Alle Kolleg/innen, die in der Qualitätsentwicklung tätig sind, müssen dafür professionalisiert werden. Ein wirksames Qualitätskonzept muss eine schulnahe Beratung und prozessorientierte Fortbildungen vor Ort für die Schul- und Unterrichtsentwicklung ermöglichen.

Aus den Ergebnissen der Fortbildungsstudie wird deutlich, dass die Lehrerfortbildung systematischer geplant werden muss und dass es mehr Angebote für Schulentwicklung und Diagnostik geben muss.

Wir kritisieren, dass die RPen und SSÄ von der Fortbildung und der Qualitätsentwicklung ausgeschlossen werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Lehrerausbildung über die beabsichtigte zentrale Steuerung an Qualität und Attraktivität für die Beschäftigten verliert. Eine zentrale Steuerung nimmt der Aus- und Fortbildung die Gestaltungsmöglichkeiten und erschwert die Anpassung an die vorhandenen Bedürfnisse der Lehrkräfte und Schulen. Das widerspricht den Grundsätzen einer wirkungsvollen Arbeit in sozialen Systemen. Wir halten die Trennung von Aufsicht und Beratung für kontraproduktiv.

Wer die Qualität des Unterrichts verbessern will, muss in Ausbildung, Fortbildung und Beratung investieren. Das Qualitätskonzept kann nicht kostenneutral umgesetzt werden.

Die Komplexität des Umbaus lässt befürchten, dass die Schul- und Kultusverwaltung sowie alle Expert/innen der vielfältigen Unterstützungssysteme durch die Umstrukturierung mehrere Jahre gelähmt und in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigt sein werden. Die Qualitätsentwicklung kann aber nicht stehen bleiben, bis die neuen Institute handlungsfähig sind.

Ein Qualitätskonzept, das vorrangig auf Kontrolle und Vorgaben setzt, kann keinen Beitrag zur Qualitätsentwicklung leisten. Wir brauchen keine Scheinlösungen, keine populistische Verkürzung komplexer didaktischer Fragen, keine unterfinanzierten Einrichtungen und keine demotivierten Mitarbeiter/innen.